

Mainz, den 08. März 2023

Pressemitteilung

Weltfrauentag 2023:

Ungleichbehandlung beseitigen und bedarfsorientierte Wege in den Arbeitsmarkt öffnen!

Zum Weltfrauentag 2023 weist der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz darauf hin, dass Frauen mit Flucht- oder Migrationsbiografie auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt zu wenig und nicht bedarfsorientiert genug unterstützt werden.

Ende 2021 lebten rund 11 Millionen Frauen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte in Deutschland, davon ca. 3,2 Millionen drittstaatsangehörige Frauen. Obwohl es laut einer aktuellen Untersuchung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nur sehr geringe Unterschiede bei Bildungsabschlüssen und Qualifikationen gibt, bleibt ihre Erwerbstätigenquote mit rund 44 Prozent weit hinter der von drittstaatsangehörigen Männern (67 Prozent) zurück.

Gleiches gilt auch für die Erwerbstätigenquote geflüchteter Frauen; und zwar unabhängig davon, ob sie als Ukrainer*innen aufgrund europarechtlicher Vorgaben eine Aufenthaltserlaubnis zuerkannt bekommen haben oder - bei anderen Herkunftsländern - über eine Asylantragstellung in Deutschland Schutz suchen:

- Bei ukrainischen Geflüchteten ist die Erwerbstätigenquote der Frauen um 7 Prozentpunkte geringer als die der Männer, wie sich aus einer aktuellen IAB-BAMF-SOEP Befragung ergibt. Und das, obwohl die Frauen sogar häufiger als die Männer angeben, in Deutschland arbeiten zu wollen. Zudem sind erwerbstätige ukrainische Frauen deutlich seltener als ukrainische Männer in Vollzeit beschäftigt (43 Prozent der Frauen gegenüber 59 Prozent der Männer).
- Bei Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern ergibt sich ein ähnliches Bild: Geflüchtete Frauen, die um 2015 herum nach Deutschland gekommen sind, waren laut eines Forschungsberichts des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fünf Jahre später zu lediglich 20 Prozent abhängig beschäftigt, während es bei männlichen Geflüchteten 64 Prozent waren. Auch hier passt die niedrige Erwerbstätigenquote von Frauen nicht zu ihren eigenen Ansprüchen. Denn 88 Prozent der Frauen geben laut IAB an, in ihrer neuen Heimat „vielleicht“ oder „sicher“ einen Job finden zu wollen.

„Frauen können ihre Potentiale auf dem Arbeitsmarkt trotz großer Bereitschaft, sich einzubringen, noch viel zu oft nicht ausschöpfen“, erklärt Ann-Christin Bölter, rechtspolitische Referentin der Organisation. „Das darf weder im individuellen Interesse der Frauen noch im Interesse der gesamten Gesellschaft so bleiben.“

Viele der Frauen mit Flucht- oder Migrationsbiografie haben Familie und Kinder und wie in allen Teilen der Bevölkerung gilt auch bei ihnen nach wie vor, dass sie das Gros der Familienarbeit leisten. Sie haben deshalb bezüglich der Unterstützung zur Verwirklichung ihrer Potenziale auf dem Arbeitsmarkt besondere Bedarfe - angefangen bei flankierender Kinderbetreuung über die

unabhängige Erreichbarkeit von Kursangeboten bis hin zu Selbststärkungselementen innerhalb der Maßnahmen. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf. Beispielsweise waren im 1. Halbjahr 2022 ausweislich der Integrationskursstatistik des BAMF gerade einmal 3,1 Prozent aller neu begonnen Integrationskurse (261 von insgesamt 8.436 Kursen) zielgruppenorientierte sogenannte „Eltern- und Frauenintegrationskurse“.

Die besonderen Bedarfe von Frauen mit Flucht- oder Migrationsbiographie müssen auf der Angebotsseite stärker als bisher bedacht werden. Vor allem aber müssen Frauen an der Konzeption der Angebote aktiv beteiligt werden, weil niemand ihre Bedarfe besser kennt als sie selbst. Nur so können Hindernisse überwunden und stabile Brücken in den Arbeitsmarkt geschlagen werden.

„Wer am Weltfrauentag betont, dass ‚Frauen die Hälfte des Himmels tragen‘, muss an den restlichen Tagen des Jahres die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie ihren Weg nach ihren Vorstellungen gehen und ihre Talente zum Wohle aller so verwirklichen können, wie sie es möchten“, so Ann-Christin Bölter abschließend.

gez. Ann-Christin Bölter, rechtspolitische Referentin